

E-Control Austria
Herrn Ronald Farmer und
Herrn Mag. Markus Krug
Rudolfsplatz 13
1010 Wien

Graz, 13. Jänner 2012
Lt, Sth

Stellungnahme der Steirischen Gas-Wärme GmbH zum Zwischenbericht des KEMA-Gutachtens

Sehr geehrte Herren,

die Steirische Gas-Wärme GmbH bedankt sich für die Möglichkeit, zu den am 22.12.2011 präsentierten Zwischenberichten der KEMA-Gutachten und den von der E-Control Austria aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen zu können:

Generelle Anmerkungen:

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Zwischenberichte von KEMA zu den zu erstellenden Gutachten den Anforderungen eines solchen kaum gerecht werden, da beide Zwischenberichte im Wesentlichen eine Aufzählung der ohnedies bekannten regulatorischen Rahmenbedingungen sind und einen Ländervergleich beinhalten. Konkrete Vorschläge oder Ideen zur Umsetzung in den Marktregeln, die entsprechend diskutiert werden könnten oder auf die reflektiert werden könnte, sind in diesen Zwischenberichten leider kaum enthalten.

Bezüglich des Zwischenberichts zum Bilanzierungsmodell soll nicht unerwähnt bleiben, dass KEMA in dem im Zwischenbericht enthaltenen Ländervergleich nicht ausführt, dass das österreichische Stundenbilanzierungsmodell in einem europäischen Vergleich der Ausgleichsenergiekosten in allen Kundensegmenten auch - neben den anderen Vorteilen wie z.B. der hohen Transparenz, Marktorientiertheit und Verursachergerechtigkeit - zu einem der günstigsten Systeme zählt. Das Fehlen dieses Vergleichs ist umso befremdlicher, da diese Feststellung das Ergebnis einer Studie ist, welche von KEMA für die Europäische Kommission erstellt wurde (*Study on Methodologies for Gas Transmission Network Tariffs and Gas Balancing Fees in Europe*; Dec. 2009).

Ad) Fragen zum Zwischenbericht Entry/Exit

- Im Sinne eines möglichst einfachen, transparenten und kostengünstigen Systems sollte die Kapazitätsvermarktung integriert erfolgen. Die Erlösverteilung erfolgt in diesem Fall über einen Kapazitätsvermarkter.
- Prinzipiell sollte das Netznutzungsentgelt für alle österr. Speicher einheitlich sein. Um die Verbrauchslastgänge der Endkunden kostengünstig darstellen zu können und damit auch die

Versorgungssicherheit zu erhöhen sind die Exitkosten aus der FLE zum Speicher (Ausspeicherung ist nach derzeitigem Stand kostenfrei) so zu gestalten, dass die Strukturierung im Marktgebiet nicht wesentlich teurer sein sollte als über eine extraterritoriale Quelle (Bezug oder Speicher außerhalb des Marktgebietes Österreich). Auch ist auf die Gefahr des Exportes von Flexibilitäten in angrenzende Märkte (s. Seite 44 der Studie) hinzuweisen (entgegenzuwirken über höhere Exitkosten aus der FLE zu den benachbarten Marktgebieten).

- Beschränkt frei zuordenbare Kapazitäten stellen ein geeignetes Mittel dar, um die Netzkapazität zu erhöhen. Im Hinblick auf ihre beschränkten Flexibilitäten gegenüber frei zuordenbaren Entry- und Exitkapazitäten müssen solche Kapazitäten ein geringeres Netznutzungsentgelt als frei zuordenbare Kapazitäten haben. Unterbrechbare Kapazitäten sind eine adäquate Ergänzung und sind auch gem GWG §74 (1) vorzusehen. Lastflussszusagen sind problematisch, da sie zu einer Systemkostenerhöhung führen.
- Angebote über Lastflussszusagen sind Verbindlichkeiten (Entry oder Entry/Exit) die den Handel und die Optimierung des zusagenden Unternehmens blockiert. Im Wesentlichen können dies die bestehenden Transporte über TAG und WAG sein, die bisher auch schon physisch transportiert wurden. Andere Zusagen, die nur wenige Unternehmen tätigen können, werden somit mangels Konkurrenz und anderwertiger Regelung teurer oder überhaupt nicht abgegeben.
- Saisonalitätsfaktoren verkomplizieren das System und die darauf aufbauenden Analysen. Eventuelle Vor- oder Nachteile sollten sich über die Sekundärvermarktung ergeben.

Ad) Zwischenbericht Balancing

- Aus heutiger Sicht sehen wir mangels Vorhersehbarkeit der jeweiligen AE-Preise keine Möglichkeit diese zwei Märkte zu arbitrieren. Die Tagesbilanzierung am VHP mit der Möglichkeit/Verpflichtung ausgeglichen zu bilanzieren steht nicht in Konkurrenz zu der stündlichen Bilanzierung in der VNE mit der AE aufgrund der Prognoseungenauigkeit. Mit der Verpflichtung (Pönalisierung) am VHP und mit der (schon) bestehenden Verpflichtung im Verteilernetz „richtige“ Fahrpläne abzugeben, kann ein solches Verhalten hintangehalten werden.
- Wir sehen auf der FLE keine Notwendigkeit Toleranzen zugewähren, da aufgrund der OBA-Vereinbarung der TSO's keine Messungenauigkeiten beim Händler anfallen können. Nicht vermeidbare Ausgleichsenergie kann nur im Verteilernetz anfallen. (dient ebenfalls der Arbitrageverhinderung)
- Wie bereits in der Einleitung ausgeführt, sprechen wir uns gegen ein Abgehen von der derzeit stündlichen Bilanzierung im Verteilernetz aus. Dazu gibt es keine stichhaltigen Argumente, zumal das österreichische Ausgleichsenergieregime im eigenen Bericht der KEMA an die Europäische Kommission (siehe vorne) sich als eines der Kostengünstigsten in Europa darstellt. Die auf Folie 32 der vorliegenden Studie enthaltene Aussage, dass es einen „zwingenden Änderungsbedarf...“ zu einer Tagesbilanzierung im Verteilernetz in Österreich gäbe, ist unrichtig, da es keine diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben gibt. Vielmehr wird in diesem Zusammenhang auf § 41 Abs 4 verwiesen und die dort festgelegten Fristen. Auch das von KEMA ins Treffen geführte Argument, dass es in Österreich mangelnden Speicherzugang gäbe, ist nicht richtig. Österreich verfügt über eine - im Verhältnis zum inländischen Verbrauch - der höchsten verfügbaren Speichervolumina und

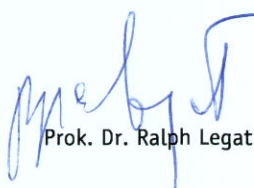
Speicherleistungen in Europa. Die Einführung einer Tagesbilanzierung im Verteilnetz führt zu einer Verlagerung von Strukturierungsaufgaben vom Versorger zum Netzbetreiber. Netzbetreiber müssten daher die für die Stundenstrukturierung notwendige Regelenenergie vorhalten. Diese Vorhaltung wird wahrscheinlich auch wiederum über Speicher erfolgen. Im Hinblick darauf, dass Kostenvorteile der Stundenbilanzierung verloren gehen, führt die Tagesbilanzierung zwangsläufig zu höheren Systemkosten.

- Eine Tagesbilanzierung im Verteilnetz ist daher aus folgenden Gründen abzulehnen:
 - ➔ Massiv höhere Systemkosten
 - ➔ Ineffizientes System für die Endkundenversorgung
 - ➔ Höhere Gaskosten für die Industrie
 - ➔ Keine Verursachergerechtigkeit
 - ➔ Keine Deckung im GWG

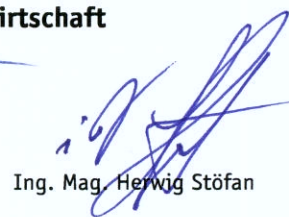
Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

STEIRISCHE GAS-WÄRME GMBH
Ein Unternehmen der Energie Steiermark
Bereich Gaswirtschaft



Prok. Dr. Ralph Legat



Ing. Mag. Herwig Stöfan